

Bangladesch im Überblick

zusammengestellt von Patrizia Heidegger

„Bangladesch im Überblick“ erscheint in Kooperation mit NETZ e.V., Wetzlar | www.bangladesch.org

Zyklon *Aila* tötet bis zu 200 Menschen

Am 25. Mai traf der Wirbelsturm *Aila* die Küste von Bangladesch und der ostindischen Provinz Westbengalen. Mehrere Millionen Menschen in beiden Ländern waren von dem Unwetter und folgenden Fluten betroffen, bis zu 200 Menschen starben in Folge des Zyklons. Offizielle Stellen in Bangladesch berichteten, dass mehrere Hunderttausend Menschen Zuflucht in Notunterkünften suchen mussten. Im Zuge der Überflutungen breiteten sich Durchfallerkrankungen rasch aus. In Bangladesch war vor allem die Region Satkhira in der Nähe des Hafens Mongla am Rande der Sundarbans am schlimmsten betroffen. In weiten Teilen der Region wurden die Ernten kurz vor der Reisernte zerstört. Auch Shrimps-Farmen, die auf Grund der von ihnen verursachten Umweltschäden immer wieder in der Kritik stehen, wurde stark beschädigt. Heftige Regenfälle und Flutwellen zerstörten viele Erddeiche. Der Sturm traf Regionen, die immer noch unter den Folgen des letzten großen Zyklons *Sidr* leiden, der im November 2007 weite Teile Bangladeschs zerstört hat. *Aila* war bereits der zweite größere Sturm dieses Jahres nachdem im April bereits *Bijli* die Küste getroffen hatte.

Siemens: Verdacht auf Schmiergelder an Terroristen

Eine Untersuchungskommission in Bangladesch geht dem Verdacht nach, dass von Siemens gezahlte Schmiergelder an die islamistische Terror-Organisation *Jamaat ul-Mudschahidin Bangladesch* (JMB) geflossen sind. Dem Magazin *Der Spiegel* zufolge zahlte Siemens etwa 1,7 Millionen Dollar an einen Vertrauten des damaligen Telekommunikationsministers Aminul Haque. Mit den Schmiergeldern sicherte sich Siemens 2004 einen Auftrag in Höhe von 40,9 Millionen US-Dollar zum Aufbau eines Mobilfunknetzes. Wie schon länger bekannt ist, hatte Aminul Haque im gleichen Zeitraum Aktionen der Extremistengruppe JMB unterstützt. Haque ist derzeit flüchtig. Laut *Spiegel-Online* will Siemens nicht ausschließen, dass Bestechungsgeld bei der Terrorgruppe gelandet ist; im Rahmen früherer, eigener Untersuchungen habe der Konzern aber keine Hinweise darauf gefunden.

100 Tage Regierung unter der *Awami League*

Die *Awami League* und die von ihr geführte Regierung Bangladeschs erhalten nach den ersten 100 Tagen im Amt positive Einschätzungen. Vor allem die Wirtschaftspolitik, aber auch die Reaktion der Regierung auf den Aufstand der *Bangladesh Rifles* (BDR) im Februar werden von der Bevölkerung geschätzt. Eine Umfrage, welche im Auftrag der Tageszeitung *The Daily Star* in Auftrag gegeben worden war, ergab, dass 80 Prozent der Menschen mit der Arbeit der neuen Regierung zufrieden oder sogar sehr zufrieden sind. Trotz der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Wirtschaft Bangladeschs im weltweiten Vergleich wenig Schaden genommen und die Menschen schätzen, dass es der Politik gelungen ist, den Preisanstieg bei den Lebensmitteln zu stoppen. Zafar Sobhan, Mitherausgeber des *The Daily Star*, schreibt jedoch auch, dass die Kriminalität nach Aufhebung der Notstandsregelungen und den Wahlen im Dezember wieder zugenommen hat. Auch Parteikader der *Awami League* seien wieder wie zuvor in kriminelle Machenschaften wie Bestechung und Gewalttaten verwickelt. Vor allem die *Chhatra League*, die Studentenorganisation der Regierungspartei, steht in der Kritik, für politische Spannungen zu sorgen und die innere Sicherheit zu stören.

Ausbeutung von bangladeschischen Arbeitern in den Emiraten

Die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* kritisiert in einem neuen Bericht die schlechten Arbeitsbedingungen auf Baustellen in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE). Viele Gastarbeiter, besonders aus Bangladesch, werden auch bei Bauvorhaben von Bauträgern aus Europa und den USA wie dem Louvre, dem Guggenheim Museum und der *New York University* ausgebeutet. Diese wollen auf dort Dependancen eröffnen. Tausende Gastarbeiter aus Bangladesch, Indien und Pakistan versuchen, bei dem 27 Milliarden US-Dollar teuren Ausbau von *Saadiyat Island* („Insel des Glücks“) ihr Geld verdienen. Neben den Ablegern der genannten Institutionen soll dort ein internationales Tourismusziel mit luxuriösen Wohn- und Sportanlagen entstehen. Dabei klagen die Arbeiter nicht nur über extrem niedrige Löhne und mangelnde medizi-

nische Versorgung: Es gibt immer wieder Fälle von Zwangsarbeit. Manche Arbeiter verschulden sich bei ihren Arbeitgebern und können nicht mehr kündigen. Arbeitsvermittlungsagenturen, Baufirmen und die repressiven Gesetze des Landes sind für diesen Missbrauch verantwortlich, so *Human Rights Watch*. Obwohl die Regierung der VAE in den vergangenen Jahren bereits Schritte unternommen hat, um die Wohnverhältnisse zu verbessern und eine rechtzeitige Auszahlung der Löhne sicherzustellen, sind Arbeitsrechtsverletzungen alltäglich. Immer wieder leiden bangladeschische Gastarbeiter auf der arabischen Halbinsel oder auch in Malaysia unter vergleichbaren Bedingungen. In beiden Regionen erheben Agenturen unzulässige Vermittlungsgebühren und Lohnzusagen werden nicht gehalten. Im Falle der VAE fordert *Human Rights Watch* die westlichen Investoren auf, die grundlegenden Rechte der Arbeiter zu garantieren. Bisher hat nur die Museum-agentur, die für das Louvre-Projekt zuständig ist, zugesagt, unabhängige Kontrollen zu ermöglichen.

Journalist Jahangir Akash Gast der Stiftung für politisch Verfolgte

Auf Einladung der Hamburger Stiftung für politische Verfolgte ist Jahangir Alam Akash, der seit 20 Jahren als Journalist in Bangladesch tätig ist, nach Deutschland eingereist. Der 35jährige berichtet seit vielen Jahren unerschrocken über Machtmissbrauch und Korruption in Bangladesch. Er war für verschiedene Zeitungen und Sender tätig, unter anderem das bengalischsprachige Programm der Deutschen Welle. Vor etwa zwei Jahren hat er sich das *Rapid Action Battalion* (RAB), eine paramilitärische Gruppe, zum Feind gemacht, als er einen Übergriff der Sicherheitskräfte auf Zivilisten filmte. Er berichtete über den Vorfall sowie außergerichtliche Hinrichtungen, Folter und Korruption durch das RAB in einem Enthüllungsbericht im Fernsehen. 28 Tage saß Akash dafür im Gefängnis. Er wurde im Gefängnis von Rajshahi gefoltert, stundenlang an den Händen an der Decke aufgehängt und geschlagen. Akash kam schwer verletzt ins Krankenhaus. Und auch nach seiner Entlassung nahmen die Schikanen kein Ende. *amnesty international* und *Reporter ohne Grenzen* haben immer wieder auf seinen Fall hingewiesen. Nun kann er für eine Zeit mit Unterstützung der Stiftung in Deutschland bleiben und unter anderem bei *amnesty international* als Redner auftreten. Im Jahr 2007 war auch schon G.M.B.Akash, ein verfolgter Fotograf aus Bangladesch, Gast der Stiftung gewesen.

Neuer Armeeschef

Anfang Juni übernahm General Mubeen sein neues Amt als Armeeschef von Bangladesch. Er ersetzt damit General Moeen U Ahmed. Moeen galt als Schlüsselfigur hinter der Ausrufung des Notstands am 11. Januar 2007. Er ermöglichte damit der Übergangsregierung von Bangladesch, die eigentlich im Januar 2007 durch eine neu gewählte Regierung abgelöst werden sollte, weiterhin an der Macht zu bleiben. Moeen hat dadurch wesentlich dazu beigetragen, dass zahlreiche Politiker, darunter auch die beiden vorigen Premierministerinnen Khaleda Zia und Sheikh Hasina, verhaftet und der Korruption angeklagt worden waren. Auch wenn viele prominente Politiker letztlich nicht verurteilt worden sind, ist das vehemente Vorgehen gegen Korruption in der Bevölkerung auf Zustimmung gestoßen. Kritisiert wurde jedoch, dass die gesetzlich geregelte Amtszeit des Armeeschefs verlängert worden war und sogar eine zweite Verlängerung über Juni 2009 hinaus in der Rede war. General Mubeen übernimmt das Amt nach dem Aufstand der *Bangladesh Rifles* (BDR) im Februar, dessen Hergang immer noch nicht vollständig aufgeklärt ist, in Zeiten großer Spannungen innerhalb der Armeeeinheiten.

Soziale Sicherungssysteme ausgeweitet

Die Regierung von Bangladesch hat angekündigt, das soziale System mit mehr Mitteln auszustatten und die Zahl derjenigen, die davon profitieren, zu erhöhen. Rund 18 Prozent des gesamten nächsten Haushalts sollen in sozialpolitische Programme fließen, ungefähr 200 Milliarden Taka (etwas mehr als 2 Milliarden Euro). Der Finanzminister des Landes, AMA Muhith, verkündete, die Aufstockung des Sozialhaushalts sei ein Zeichen der Bestrebungen Bangladeschs den Anteil armer Menschen in der Bevölkerung bis im Jahr 2021 auf 15 Prozent (derzeit: ca. 40 Prozent) zu reduzieren. Ein Großteil des Sozialbudgets wird unter anderem für Maßnahmen für mehr Ernährungssicherheit und Arbeitsbeschaffung ausgegeben. Das Programm *Food for Work* wird dabei weiterhin den größten Posten einnehmen, ebenso wie die Verteilung von Nahrungsmitteln. Außerdem sind die Sätze für verschiedene Sozialleistungen aufgestockt worden, zum Beispiel die staatliche Rente für die ärmsten alten Menschen und für mittellose Freiheitskämpfer sowie die Unterstützung für stillende Mütter und Behinderte. Die Rente, welche die jeweils ärmsten 20 Menschen eines *ward* (Untereinheit einer Gemeinde) erhalten, beträgt nun 300 Taka im Monat (etwas mehr als drei Euro).